

Die Rubrik WEITWINKEL präsentiert plurale und kritische Perspektiven auf aktuelle ökonomische und wirtschaftspolitische Themen. Denkgefängnisse, in denen wir in politischen und alltäglichen Debatten oft unwillkürlich gefangen sind, sollen aufgezeigt und deren Mauern gesprengt werden. So soll sich der Blick auf das Neue, das Ungewöhnliche und durchaus auch Unbequeme weiten.

Die Macher der Reihe WEITWINKEL sind Professorinnen und Professoren der Cusanus Hochschule, die Ökonomie im weiten Sinn verstehen – das heißt im Dialog von Wirtschaftswissenschaften, Philosophie, Kulturgeschichte, Soziologie und Politikwissenschaften. Die Cusanus Hochschule ist eine junge, staatlich anerkannte Hochschule in freier Trägerschaft, die sich als institutionelle und politische Alternative zu ökonomisierter Bildung versteht. Sie bietet innovative Studiengänge der Ökonomie (B. A. und M. A.) an, die Denken und Handeln verbinden, das soziale Verantwortungsbewusstsein stärken und auf die Neugestaltung der Gesellschaft vorbereiten.

# Die ökologische Verantwortung der Ökonomie

Text: Silja Graupe und Walter Otto Ötsch

**Wie denken Ökonomen prinzipiell über das Verhältnis von Natur und Gesellschaft? Welche Lösungen schlagen sie vor, um dem ökologischen Kollaps zu entgehen? Und warum haben diese Lösungsvorschläge (die seit mehreren Jahrzehnten im Vordergrund stehen) bislang wenig Auswirkungen gezeigt? Antworten auf diese Fragen zeigen vor allem, wie Ökonomen direkt zur Verschärfung ökologischer Probleme beigetragen haben und immer noch beitragen.**

## UMWELTZERTIFIKATE

Umweltzertifikate sind eine umweltschutzpolitische Maßnahme zur Reduzierung des Schadstoffausstoßes. Emissionen, die ohne solche Umweltzertifikate erfolgen, werden (zumeist) mit Geldstrafen belegt. Zunächst wird eine Obergrenze für bestimmte Emissionen festgelegt. Dann wird die Gesamtmenge der erlaubten Emissionen in Umweltzertifikate aufgeteilt. Dabei entspricht jedes Umweltzertifikat einer bestimmten Menge an Emissionen (beispielsweise einer Tonne CO<sub>2</sub>). Dann werden die Umweltzertifikate an Unternehmen ausgegeben, die Schadstoffe ausstoßen. Die Unternehmen können nun mit ihnen handeln, sie also kaufen oder verkaufen. Kauft ein Unternehmen Zertifikate, so darf

es bestimmte Schadstoffe in der im Zertifikat festgelegten Menge ausstoßen. Sind weniger Zertifikate vorhanden als nachgefragt, wächst ihr Verkaufspreis. Für Unternehmen ist es ab einem gewissen Punkt günstiger, in Umweltschutztechnologien zu investieren und die Zertifikate zu verkaufen – was jene Unternehmen tun werden, denen es besonders leicht fällt, die Emissionen zu reduzieren (was sie ohne die Zertifikate nicht getan hätten). Jene, für die eine Reduktion sehr teuer wäre, haben die Möglichkeit, sich „freizukaufen“. Insgesamt kann auf diese Weise – so jedenfalls die Hoffnung – die gewünschte Reduzierung des Schadstoffausstoßes kosteneffizient erreicht werden.

## Das Mensch-Ding-Kalkül

Heißt das, Studierende der Ökonomie (Wirtschaftswissenschaft) brauchen über den Klimawandel grundsätzlich nicht beunruhigt zu sein? In der Tat könnte ein solcher Eindruck entstehen. Aber das Entscheidende bleibt bei dieser Herangehensweise ungesagt. Wird die Existenz eines Marktpreismechanismus behauptet (also angenommen, dass mittels eines Marktes Angebot und Nachfrage immer ins Gleichgewicht gebracht werden können), dann wird eine Eigenlogik „der“ Wirtschaft vorausgesetzt, die durchaus bestritten werden kann. Denn eine allgemeine Logik über alle Märkte hinweg gibt es nicht. Märkte können sehr unterschiedlich funktionieren; man muss immer im Detail auf die jeweiligen Güter, das Umfeld, die Machtverhältnisse, nationale Besonderheiten etc. achten. Gleichzeitig wird durch die Behauptung eines Marktpreismechanismus die Tendenz unterstützt, die Logik „des Marktes“ universell anzuwenden, das heißt, ihr keine Grenzen zu setzen. Eine derartige Selbstbegrenzung der ökonomischen Logik kann die Neoklassik, die immer noch die dominante Richtung innerhalb der ökonomischen Lehre darstellt, in der Regel nicht leisten. Denn sie verfügt – im Unterschied zur ökonomischen Theorie von Adam Smith – über kein Konzept der *Gesellschaft*, in das „die Wirtschaft“ eingebettet werden könnte. Ein sol-

Wie Umweltfragen in den Wirtschaftswissenschaften in der Regel interpretiert werden, ist hinlänglich bekannt: Umwelt gilt als „freies Gut“. Sie besitzt keinen Preis – und kann deshalb schonungslos ausgebeutet werden. Die Lösung ökologischer Probleme liegt im Rahmen der ökonomischen Logik demnach in der Errichtung eines neuen Markts, auf dem „Umweltgüter“ einen Preis bekommen. Ein Hauptinstrument für die Bepreisung von Umweltgütern bilden **Umweltzertifikate**. Sie geben dem Benutzer zum Beispiel das Recht, eine bestimmte Menge CO<sub>2</sub> in die Luft zu entlassen. Die Zertifikate sollen auf einem Markt gehandelt werden, der vom Staat einzurichten ist. Auf diese Weise, so die Theorie, würde sich das öffentliche und freie Gut Umwelt in ein privates und handelbares Gut verwandeln, mit dem alle sorgsam umgehen würden. Ein solches Arrangement hätte – so die Erwartung vieler Ökonomen – die gewohnten „optimalen“ Wirkungen eines Marktes zur Folge: Der Preis der Zertifikate (ihr Kurswert) würde sich in der Höhe der Grenzkosten der Schadstoffvermehrung einpendeln; oder anders ausgedrückt: Je höher der Preis des Zertifikats ist, desto lohnender ist es, umweltfreundlichere Alternativen einzusetzen. Selbst die Kritik an der herrschenden Lehrbuchökonomie ist oftmals von dieser Sichtweise geprägt. Ein bezeichnendes Beispiel ist das CORE-Lehrbuch (*Curriculum Open-access Resources in Economics*), das 2015 unter anderem von INET (*Institute for New Economic Thinking*) publiziert wurde und frei im Internet verfügbar ist. Ökologische Probleme werden hier (im Unterschied zu anderen Lehrbüchern) nicht geleugnet und mit Zahlen und Schaubildern plastisch unterlegt. Sie gelten als unvermeidliche Nebenprodukte der permanenten „technologischen Revolution“, die den Kapitalismus kennzeichnet und für seinen Erfolg verantwortlich ist. Doch verspricht das Lehrbuch auch, dass es in Zukunft für jedes Umweltproblem eine technische Lösung geben werde. Und um diese Techniken zu finden und möglich zu machen, werden insbesondere die oben angesprochenen Umweltzertifikate empfohlen. „Die Politik“ müsse jetzt nur noch – so wird vermittelt – anhand ihrer Präferenzen verschiedene Konstellationen nach ihrem Grenzkalkül „auswählen“. Das Klimaproblem schrumpft in dieser Sichtweise auf ein reines Kalkulationsproblem, das es bloß noch politisch umzusetzen gilt.

ches Konzept war in der ursprünglichen Neoklassik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zumindest noch als Begriff präsent. Im 20. Jahrhundert wurde dann aber in der Zwischenkriegszeit jene Definition entwickelt, die heute in jedem Lehrbuch zu finden ist: Ökonomie ist die Wissenschaft, die untersucht, wie Menschen effizient handeln – das heißt ihre Mittel für gegebene Ziele optimal einsetzen. In dieser Bestimmung beschäftigt sich die Ökonomie nur mit der Beziehung zwischen Individuen und Gütern, das heißt mit Mensch-Ding-Beziehungen. Soziale Beziehungen – außer solche, die über „den Markt“ laufen – können hier nicht mehr ausfindig gemacht werden. Entsprechend können Probleme wie beispielsweise die Umweltzerstörung nicht als ursprünglich soziale Probleme verstanden werden. Sie erscheinen – wie eben erwähnt – als technische und marktregulative Fragen.

## Im Gegensatz zu den Klimawissenschaftlern empfahlen die Ökonomen der Politik abzuwarten und weiter zu forschen.

Aber alle Ökonomen und Politiker, die ihre Handlungsempfehlungen einzig anhand der Beziehung zwischen Individuen und Gütern ausrichten, agieren dennoch in einem sozialen Raum. Ihre Vorschläge besitzen soziale Relevanz, auch wenn den Akteuren dies nicht bewusst ist, weil sie sich in einer rein ökonomischen Logik bewegen. Mit anderen Worten: Ökonomen, die der gängigen Definition ihrer Wissenschaft folgen, können ursprünglich bzw. vorrangig gesellschaftliche Phänomene nicht analysieren. Sie sind aber sehr wohl in der Lage, mit ihren Empfehlungen die Gesellschaft zu *beeinflussen* – vielleicht geht das ohne Reflexion sogar besser. Denn wer zum Beispiel Umweltzertifikate als wichtigste Maßnahme zur Lösung ökologischer Probleme vorschlägt, lehnt zugleich in der Regel andere politische Optionen ab – wie etwa eine staatliche Preisfestlegung für Rohöl bzw. Benzin oder direkte Verbote umweltschädlicher Verfahren. Damit liefern Ökonomen ihren Beitrag, um die Umweltpolitik zu gestalten und in eine bestimmte Richtung zu lenken.

### Was hätte getan werden können ...

Wie wirkungsvoll Umweltzertifikate auf globaler Ebene bislang waren, ist heftig umstritten. Wichtiger ist jedoch, was durch die Fokussierung auf Umweltzertifikate in der Klimapolitik *verhindert* wurde. Dazu ein historisches Beispiel aus den USA, das durchaus folgenreich war: In der National Academy of Science war man sich bereits in den 1970er-

Jahren einig, dass das Klima weltweit durch den menschenverursachten Anstieg von CO<sub>2</sub> erheblich beeinflusst wird – spätestens seit Beginn der 1980er-Jahre war das auch ExxonMobil bekannt. 1978 wurde mit dem National Climate Act ein neues Forschungsprogramm initiiert. In diesem Rahmen richtete die Academy ein Komitee ein, das eine umfassende Klimastudie erstellen sollte. In dieses Projekt waren auch zwei Ökonomen eingebunden, die später prominenten Status erlangten, nämlich Thomas Schelling und William Nordhaus – 2005 beziehungsweise 2018 mit dem Preis der Reichsbank für Schweden geehrt. Im Endbericht aus dem Jahre 1983 (der als NAS-Report bekannt wurde) wurde unter der Federführung von Nordhaus der erste Teil und unter Anleitung von Schelling der letzte Teil geschrieben. Den großen Mittelteil von vier Kapiteln verfassten Naturwissenschaftler, die darin den Konsens in der Klimaforschung referierten und der Politik empfahlen, rasch und energisch zu handeln. Die Ökonomen Schelling und Nordhaus hingegen ignorierten diese Schlussfolgerungen und ihre Herleitung zu Gänze. Sie betonten in ihren Analysen die „enorme Unsicherheit“ in der Faktenlage ab dem Jahre 2000 und die „noch größere Unsicherheit“, wenn man die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Erderwärmung in weiterer Zukunft analysieren wolle. Niemand könne – so sagten sie – seriös Ereignisse „jenseits der Lebensspanne der heutigen Entscheidungsträger“ ökonomisch bewerten: Die Berechnung der Kosten für mögliche Schäden in weiter Ferne sei nicht möglich. Zudem wisse auch niemand, wie die Menschen zukünftig leben werden; vielleicht würden sie ein anderes Klima präferieren? Im Gegensatz zu den Klimawissenschaftlern empfahlen die Ökonomen der Politik abzuwarten und weiter zu forschen. Die Regierung Reagan hat dann aus politischen Gründen die Deutung der beiden Ökonomen übernommen – und weil sie überdies die Arbeit der staatlichen Umweltagentur diskreditieren wollte. In der Presse war damals zu lesen, dass es keinen politischen oder ökonomischen Weg gäbe, den *Greenhouse effect* (der damals ungemein unterschätzt wurde) zu umgehen. Man müsse sich eben auf eine höhere globale Temperatur einstellen.

Im Rückblick kann man nur betrübt die Daten festhalten: Vor Beginn der industriellen Ära (Mitte des 18. Jahrhunderts) lag der CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre bei etwa 277 ppm (parts per million), 1980 bei ungefähr 340 und heute bei rund 410. Mit anderen Worten: Problematisch wurde der Anstieg des Kohlenstoffdioxids erst ab den 1980er-Jahren. Schelling und Nordhaus – und mit ihnen viele Ökonomen – haben ihren Beitrag geliefert, dass nicht schon damals ernsthaft entgegensteuert wurde, als die Politik dies noch viel leichter und billiger als heute hätte machen können. Im Sinne einer kon-

### MONT PÉLERIN SOCIETY UND MARKTFUNDAMENTALE THINKTANKS

Die Mont Pèlerin Society ist ein Zusammenschluss von Akademikern, Geschäftsleuten und Journalisten, der 1947 von Friedrich August von Hayek gegründet wurde. Die MPS hat viele marktfundamentale Thinktanks inspiriert. Seit 1981 werden vieler dieser um die MPS entstandenen Institute durch die *Atlas Economic Research Foundation* koordiniert. 2011 erfolgt eine Umbenennung in *Atlas Network*. Heute umfasst dieses Netzwerk fast 500 Thinktanks weltweit.

trafaktischen Geschichtsschreibung (die letztlich nicht zulässig ist) kann man die Frage aufwerfen: Was wäre schon in den 1980er-Jahren möglich gewesen, hätte man nicht auf die Ökonomen, sondern auf die Naturwissenschaftler gehört? Zu welchen Erkenntnissen hat die ökonomische Theorie in diesem Fall geführt und welche Entwicklung hat sie verhindert – und verhindert sie heute noch?

### Wie Wissen verleugnet wurde

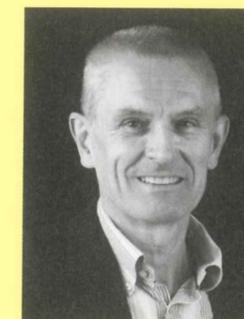
Schlimm genug, dass Ökonomen den Klimawandel unterschätzt bzw. verleugnet haben, doch damit nicht genug: Ab den 1970er-Jahren wird von unterschiedlichen **marktfundamentalen Thinktanks**, die um die **Mont Pèlerin Society** entstanden sind, eine aggressive Rhetorik „des Marktes“ formuliert und medial verbreitet. Jeder „Eingriff“ des Staates wird abgelehnt, auch und vor allem in der Umweltpolitik – was auch die offizielle Linie der Administration Reagan und zeitgleich jener von Margaret Thatcher wurde. Um dieses Vorgehen zu legitimieren, wurde zusammen mit Firmen aus der Ölindustrie ein Angriff auf die Klimawissenschaften gestartet. In der Anfangsphase ging man dabei nicht direkt gegen den etablierten Konsens vor, sondern investierte in großem Maßstab in eine eigene „alternative“ Forschung. Das Ziel war, in der Öffentlichkeit bewusst falsche Information mithilfe und im Kleide einer „Wissenschaft“ zu verbreiten. In den USA gelang es dabei in hohem Maße, akademische Experten in Verruf zu bringen. Ihnen wurden eigene „Experten“ gegenübergestellt, die es im Sinne einer ausgeglicheneren Berichterstattung auch zu hören gelte.

Insgesamt wurde ein erfolgreicher Angriff auf die Integrität und Unabhängigkeit des wissenschaftlichen Wissens unternommen und eine antiwissenschaftliche Haltung populär gemacht (wie wir sie heute auch von Donald Trump kennen). Bereits 1988 erklärte der Präsident der Society, Greg Lindsay, Klimaforscher seien nicht integer: sie hielten an ihren Meinungen nur deshalb fest, damit der staatliche Geldhahn für ihre Forschungen weiter offen bliebe. Aktuell bilden die Society und die aus ihr hervorgegangenen marktfundamentalen Thinktanks einen globalen Knoten von Klimawandelleugnern, die in den genannten Ländern einflussreich waren und es immer noch sind. In den USA glaubten zum Beispiel bis vor Kurzem weniger als 16 Prozent der Wähler der Republikaner, dass es einen starken wissenschaftlichen Konsens zum Klimawandel gibt. In Deutschland sind Stimmen dieser Art nur vereinzelt zu hören. Als Beispiel kann auf die *Alternative für Deutschland* verwiesen werden: Im Juni 2018 stellte die AfD im Deutschen Bundestag den Antrag auf vollständige Revidierung der Klimaschutzpolitik und aller damit zusammenhängenden Gesetze und forderte überdies, aus allen internationalen Klimaschutzvereinbarungen auszutreten. Für die deutsche Ökonomie hingegen ist die AfD von besonderer Bedeutung: Sie galt zumindest in der Anfangszeit (ab 2015) als Professorenpartei – gemeint waren Professoren der Volkswirtschaftslehre. Auch diese Wirkungsgeschichte wird in der deutschen Wirtschaftswissenschaft kaum reflektiert.

Es wird Zeit für ein Heer von Aufklärern – zur Abwehr von Klimawandelleugnern und um deutlich zu machen, welche schädlichen Wirkungen ökonomische Theorien besitzen können. ■



**Silja Graupe**



**Walter Otto Ötsch**

Silja Graupe ist Professorin für Ökonomie und Philosophie, Walter Otto Ötsch ist Professor für Ökonomie und Kulturgeschichte. Beide sind an der Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues tätig.